

15 Giftanschlag in Nanjing

In Nanjing wurde am 14. September ein Giftanschlag auf eine Imbissstube verübt, der nach uneinheitlichen Angaben zwischen 42 und über 100 Todesopfer gefordert hat; mehrere hundert Menschen sollen wegen Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert worden sein. Die betroffenen Personen hatten dort erworbenes Frühstücksgebäck und Reis verzehrt, die mit hochwirksamem Rattengift versetzt waren. Das Produkt, gegen das es kein effektives Gegenmittel gibt, ist wegen der hohen Toxizität in China verboten, von privaten Händlern aber leicht zu erhalten. Unter den Opfern waren vor allem Schüler einer nahe gelegenen Mittelschule, migrierende Bauarbeiter und Soldaten.

Der Vorfall hat in Teilen der chinesischen Öffentlichkeit erheblichen Unmut erzeugt, offenbar nicht so sehr wegen des tragischen Ereignisses an sich, das in seiner Art nicht allein dasteht, sondern wegen der fahrlässigen Informationspolitik der zuständigen Behörden. Die offiziellen Medien ratten von dem Giftanschlag erst sehr spät und dann unzureichend berichtet. Während sich Hongkonger und Singapur Medien mit ihren Meldungen über Tote und Vergiftete überschlugen, gab es in den chinesischen Medien zunächst keinerlei, dann widersprüchliche Angaben über die Zahl der Todesopfer. Die offizielle Zurückhaltung in der Berichterstattung über den Anschlag war offenbar durch die zeitliche Nähe des bevorstehenden 16. Parteitags im November begründet. Erst Anfang September waren Angehörige des Sicherheits-, Propaganda- und Medienapparats landesweit gemahnt worden, durch umsichtige Medienberichterstattung zu einer „gesunden Atmosphäre“ in der chinesischen Gesellschaft beizutragen, über schwere Unfälle, Anschläge, Katastrophen etc. also nicht oder nur im offiziell lizenzierten Wortlaut zu berichten. Kritikern dieser Informationspolitik zu Folge trug die unzureichende Information im Fall des Nanjinger Giftanschlags zu der hohen Zahl der Todesopfer bei. Bereits um 4.30 Uhr am Morgen des 14. September seien die ersten Opfer mit eindeutigen Vergiftungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert worden – erst um acht Uhr aber habe die Po-

lizei die betreffende Imbissstube gesperrt. Das Aufsehen, das der Vorfall auf sich gezogen hat, wird an der in der chinesischen Internetdiskussion gewählten Bezeichnung deutlich: In Anspielung auf das „Großen Mörder von Nanjing“ (*Nanjing da tusha*) des Jahres 1942 spricht man hier vom „Großen Giftmord von Nanjing“ (*Nanjing da dusha*).

Offiziellen Meldungen zu Folge fasste die Polizei bereits am 15. September in Zhengzhou (Provinz Henan) in einem Fernzug angeblich einen verdächtigen Mann, der umgehend seine Schuld gestanden haben soll. Der Mann habe angegeben, sich durch den Giftanschlag an dem Inhaber der Imbissstube, in der er selbst früher tätig gewesen war, gerächt zu haben, weil er ihm dessen Geschäftserfolg geadert habe.

Wie in vielen anderen Fällen bleiben auch bezüglich dieses Vorfalles viele Fragen offen. So zögerlich die offiziellen Berichte ergingen, so eilig gestaltete sich die polizeiliche Aufarbeitung des Falls, der mit Zweifeln darüber behaftet bleibt, ob der Anschlag tatsächlich durch einen privaten Vergeltungsakt oder nicht etwa doch politisch motiviert war. Die staatliche Führung scheint bislang keine Lehren aus wiederholten Erfahrungen gezogen zu haben, die zeigen, dass die Kontrolle sensibler Nachrichten zu neuen, schwerer zu kontrollierenden Sensitivitäten führt. (*Ming Pao*, 15.9.02; *WSJ*, 15., 16., 17.9.02; *ST*, 16., 17., 18., 19., 20.9.02; *TKP*, 16.9.02; *Radio Television Hong Kong*, 17.9.02, nach *BBC PF*, 18.9.02; *XNA*, 18.9.02) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Hochschulen: „Projekt 211“

Das „Projekt 211“, mit dem rund 100 der über 1.000 Universitäten Chinas im 21. Jahrhundert zu Spitzenuniversitäten werden sollen, befindet sich jetzt in der Ausbauphase. Nachdem das Projekt im November 1995 vom Staatsrat gebilligt worden war (vgl. *C.a.*, 1995/11, Ü 18), lief es im 9.

Fünfjahrplan (1996-2000) an. Bis Ende 2000 war die Aufbauphase im Wesentlichen abgeschlossen, d.h. nach umfangreichen Begutachtungen waren 98 Universitäten und Hochschulen für das Projekt ausgewählt worden (vgl. *C.a.*, 2001/2, Ü 23). Mit dem 10. Fünfjahrplan (2001-05) hat die Ausbauphase begonnen, die sich dadurch auszeichnet, dass der Staat die finanziellen Zuwendungen für das Projekt deutlich aufstockt. Während die Zentrale das „Projekt 211“ in der 9. Planperiode mit 2,755 Mrd. Yuan unterstützte, will sie in der 10. Planperiode 6 Mrd. Yuan in das Projekt investieren. Insgesamt waren zwischen 1996 und 2000 knapp 10,9 Mrd. Yuan für das Projekt aufgewendet worden. Neben den 2,755 Mrd. der Zentrale steuerten andere Abteilungen 3,17 Mrd., die Lokalregierungen 2,5 Mrd., die Hochschulen selbst 2,36 Mrd. und sonstige Stellen 115 Mio. bei. Die Zentrale wird ihre Zuwendungen bis 2005 also mehr als verdoppeln. Zugleich mit dem Beschluss über die Aufstockung der Mittel haben die Staatliche Planungskommission, das Bildungsministerium und das Finanzministerium mit Billigung des Staatsrats ein Dokument herausgegeben, das den Titel „Einige Ansichten zum verstärkten Aufbau des 'Projekts 211' im 10. Fünfjahrplan“ trägt. (Vgl. *RMRB*, 3.9.02, S.10; *GMRB*, 17.9.02, A2) Damit wird die große Bedeutung unterstrichen, die der Staat dem Projekt beimisst.

Die drei genannten Behörden der Zentralregierung haben außerdem eine Bestandsaufnahme über das während des 9. Fünfjahrplans im Rahmen des „Projekts 211“ Geleistete veröffentlicht (vgl. *RMRB*, 3.9.02, S.10). Dort heißt es, die zentrale Führung mit Jiang Zemin, Li Peng und Zhu Rongji habe sich persönlich um das Projekt gekümmert, während die direkte Leitung bei Li Lanqing liege. In den ersten fünf Jahren sei die Aufbauphase erfolgreich abgeschlossen worden. Schon jetzt lasse sich feststellen, dass das Projekt positive Auswirkungen auf die Hochschulen habe, insbesondere auf die Forschung, aber auch auf die Lehre. In dem Bericht werden die günstigen Entwicklungen und Leistungen wie folgt aufgeführt.

Durch das „Projekt 211“ hat sich während der 9. Planperiode die Zahl der

Studenten, der Postgraduierten und der zurückgekehrten Auslandsstudenten deutlich erhöht: die der B.A.-Studenten um 61%, der M.A.-Studenten um 108%, der Doktoranden um 101% und der Rückkehrer um 45%. In diesem Anstieg spiegelt sich die gezielte Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses wider, die u.a. durch dieses Projekt positiv beeinflusst werden soll. Erstklassige Universitäten werden u.a. an der entsprechenden Qualifizierung der Dozenten gemessen. Auch hier sind deutliche Fortschritte zu erkennen: Der Anteil der promovierten Dozenten ist um 109% gestiegen, der der zurückgekehrten Dozenten um 38%. Zugleich haben sich die Aufwendungen für Forschung und Ausstattung um 106 bzw. 98% erhöht. Auch der Anteil der im *Science Citation Index* und anderen einschlägigen Indices aufgeführten wissenschaftlichen Arbeiten hat sich erhöht, und zwar um 94%.

Die Ausbildung von Fachleuten, Innovation des Wissens und Umsetzung von Forschungsergebnissen sind weitere Felder, auf denen sich der positive Einfluss des Projekts bemerkbar macht. Damit sind die betr. Hochschulen international wettbewerbsfähiger geworden. Obwohl die in das „Projekt 211“ aufgenommenen Hochschulen nur knapp 10% von Chinas Hochschulen stellen, haben sie in mehrfacher Hinsicht eine starke Position: An ihnen studieren derzeit 32% aller B.A.-Studenten, 69% aller M.A.-Studenten und 84% aller Doktoranden. An den Aufwendungen für Forschung und Ausstattung haben sie einen Anteil von 72 bzw. 54% der Aufwendungen für die Hochschulen insgesamt. 87% aller promovierten Dozenten lehren an Hochschulen des „Projekts 211“, und diese Hochschulen verfügen über 96% der Schwerpunktlabore und über 85% der Schwerpunktfächer. Das Forschungsniveau hat sich verbessert, in vielen Wissenschaften, so heißt es, hat man das internationale Niveau erreicht oder nähert sich ihm an. Kurzum, die gesamte Forschungslandschaft an den Hochschulen ist belebt und die Forschungsstruktur sowie die Kooperation zwischen den Disziplinen verbessert worden.

Als herausragende Universitäten werden die Folgenden genannt:

- die Nanjing-Universität, an der eine Reihe von Sonderforschungsbeiräten eingerichtet wurden;
- die Chinesische Landwirtschaftliche Hochschule, die ein Forschungszentrum für die Verbesserung von Tierfutter und Mais sowie genveränderter Pflanzen ist;
- die Beijing-Universität verfügt über eines der weltbesten Zentren für Mathematik und die meisten Schwerpunktfächer in China;
- die Fudan-Universität (Shanghai) ist besonders stark in der Genforschung und Erblehre: Dort wurden 250 menschliche Gene geklont, für 90 wurden chinesische Patente und für 6 internationale Patente angemeldet.

Mit neuen Forschungsergebnissen, die für die Wirtschaft bahnbrechende Bedeutung haben, werden die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität, die Nanjing-Universität, die Südost-Universität, die Jilin-Universität, die Beijinger Pädagogische Hochschule, die Chinesische Geologische Hochschule, die Shanghaier Jiaotong-Universität und die Zhejiang-Universität zitiert. Einige der Universitäten haben Projekte abgeschlossen, die für die örtliche Wirtschaft große Bedeutung haben. Die Umsetzung der Forschungsergebnisse trägt dazu bei, die Finanzprobleme der Hochschulforschung zu lösen.

Durch das „Projekt 211“ hat sich die Hierarchisierung der Hochschulen in China verstärkt. Die Auswahl für das Projekt hat den Wettbewerb unter den Hochschulen angekurbelt und damit die gesamte Hochschullandschaft belebt. Die Universitäten des „Projekts 211“ haben in China eine unumstritten privilegierte Stellung. An ihrem internationalen Ranking müssen sie noch arbeiten. -st-

17 Fortschritte im Bildungswesen seit 1989

Ende September 2002 gab Bildungsministerin Chen Zhili einen Bericht über die Erfolge der Bildungspolitik seit dem 4. Plenum des XIII. Parteitages, d.h. seit Juni 1989, dem Beginn der Ära Jiang Zemin. Darin nannte sie folgende Fortschritte im Bildungswesen:

1. Verwirklichung der „beiden grundlegenden Aufgaben“, d.h. Einführung der neunjährigen Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen: Beide Ziele sind „im Wesentlichen“ erreicht. Die neunjährige Schulpflicht ist für über 90% der Bevölkerung eingeführt, und die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen (unter 50 Jahre) ist unter 5% gesunken. Seit 1990 wurden 41 Mio. jüngere Menschen alphabetisiert. Der Besuch der Sekundarstufe II hat sich seit 1988 um das 2,5fache erhöht. Das Schulwesen unter den nationalen Minderheiten hat sich ebenfalls ausgeweitet, seit 1988 um 40%. Um die Probleme der Elementarbildung in Armutsgebieten zu lindern, gibt die Zentrale jedes Jahr 5 Mrd. Yuan aus, um die Lehrergehälter in diesen Gebieten sicherzustellen; außerdem hat sie innerhalb von zwei Jahren 3 Mrd. Yuan in die Renovierung baufälliger Schulen gesteckt.

2. Ausbau der beruflichen Bildung auf Sekundarschulebene: Die Zahl der Berufsschüler auf der Sekundarstufe II hat sich bis 2001 im Vergleich zu 1988 um das Zweifache erhöht. Zwischen 1989 und 2001 erhielten 45 Mio. junge Menschen einen beruflichen Sekundarschulabschluss. Die Ausbildungsgänge wurden dem Arbeitsmarkt angepasst. Auch die berufliche Hochschulbildung hat sich ausgeweitet. Die Zahl der unabhängigen beruflichen und technischen Hochschulen hat 386 erreicht, das sind elfmal mehr als 1985. Um die berufliche Bildung in den Westgebieten zu fördern, hat der Staat insgesamt 186 Berufsbildungszentren in staatlich anerkannten Armutsgebieten im Westen errichtet.

3. Vertiefung der Bildungsreform und Einführung der Qualitätsbildung: Ein wichtiger Aspekt der Bildungsreform ist die Einführung von Qualitätsbildung (*suzhi jiaoyu*). Darunter ist eine umfassende moralische, intellektuelle und körperliche Bildung zu verstehen. Um diese zu erreichen, wurden eine Curriculum- und Lehrmittelreform sowie eine Reform des Unterrichts eingeleitet. Seit 2001 sind die neuen Curricula und Lehrmaterialien teilweise auf experimenteller Basis in Gebrauch, bis 2005 sollen sie jahrgangsweise landesweit eingeführt werden. Wo die Bedingungen gegeben sind, soll bereits auf der Primarstufe Unterricht in Infor-

matik und Fremdsprachen erteilt werden. Die Aufnahmeprüfungen für die Grund- und Mittelschule (Sekundarstufe I) sollen weiter abgebaut werden.

4. Hochschulbildung: 2001 wurden 4,64 Mio. zum Studium zugelassen. Im Vergleich zu 1988 waren das 3,4-mal so viele. Mit gut 165.000 Postgraduierten hat sich deren Zahl im selben Zeitraum verfünffacht. Allein in den drei Jahren von 1999 bis 2001 hat sich die Zahl der Hochschulzulassungen verdoppelt. Die Netto-Hochschulzulassung betrug 2002 bereits 14%. Zwischen 1989 und 2001 erlangten an den regulären Hochschulen und den Erwachsenenhochschulen insgesamt 12 Mio. Menschen einen Abschluss. Im selben Zeitraum wurden 300.000 Postgraduierte ausgebildet und machten 3,43 Mio. Selbstprüfer einen Hochschulabschluss (B.A.). Auch das „Projekt 211“ ist gut voran gekommen (vgl. Übersicht in diesem Heft). Die Zentralregierung hat eine Reihe von Hochschulen im Westen unterstützt. Die Zuwendungen für Hochschulforschung haben sich zwischen 1990 und 2001 von 1,4 Mrd. auf 17,3 Mrd. Yuan erhöht.

5. Verwaltungs- und Strukturreform der Hochschulen: Seit 1993 wurde bei über 500 Hochschulen das Verwaltungssystem geändert. Kooperationen gingen 317 Hochschulen ein, und 708 Hochschulen wurden nach und nach zu 302 Hochschulen zusammengelegt. Durch die Verwaltungsreform werden die Hochschulen jetzt grundsätzlich gemeinsam von der Zentral- und der Provinzregierung verwaltet, wobei Letztere die Hauptrolle spielt. Es wurden zahlreiche neue Studentenheime und Mensen erbaut. Bedürftige Studenten werden unterstützt, sei es durch Stipendien, sei es durch günstige Darlehen.

6. Die elektronische Vernetzung schreitet zügig voran. CERNET verbindet alle großen Städte Chinas; mittlerweile gibt es in China 28 internationale und regionale Datennetze. Rund 70% aller Hochschulen sind vernetzt. Der Gebrauch von Computern in der Schule nimmt immer mehr zu. Kamen 1999 noch im Durchschnitt 121 Schüler auf einen Computer, so sind es jetzt 51.

7. Verbesserung der Stellung der Lehrer: Die Lehrergehälter wurden gesetz-

lich garantiert und in den letzten Jahren mehrfach erhöht. Seit 1995 stiegen die Gehälter der Hochschullehrer um etwa 180%, die der Mittelschullehrer um 100% und die der Grundschullehrer um 93,7%. Der Anteil der Lehrer mit den erforderlichen Qualifikationen wuchs zwischen 1988 und 2001 bei den Grundschullehrern von 68,1% auf 96,8%, bei den Lehrern der Sekundarstufe I von 35,6% auf 88,7% und bei denen der Sekundarstufe II von 41,3% auf 70,7%.

8. Zunahme nichtstaatlicher Schulen: Nichtstaatliche, d.h. von privater Seite betriebene Schulen (sog. *Minban*-Schulen) verzeichnen einen stetigen Zuwachs. Auf Hochschulebene gab es Ende 2001 bereits 1.202 Institutionen mit über 1,13 Mio. Studenten. Ferner gab es 4.571 allgemein bildende Mittelschulen, 1.040 berufliche Mittelschulen und 4.846 Grundschulen.

9. Internationale Zusammenarbeit und Austausch: Insbesondere die Zusammenarbeit mit den entwickelten Ländern und mit internationalen Organisationen hat sich stark entwickelt. Mit Deutschland wurde ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Studiengängen unterzeichnet. Die Zahl der Auslandsstudenten hat 460.000 erreicht, davon sind bislang 150.000 zurückgekehrt. Sie zählen zum großen Teil in den verschiedensten Bereichen zu den Rückgratkräften. Zudem werden immer mehr Bildungseinrichtungen gemeinsam von chinesischen und ausländischen Trägern betrieben; derzeit sind es 657 Einrichtungen in 28 Provinzen.

10. Bildungsgesetzgebung: Auf der Grundlage der Bestimmungen über akademische Grade und das Pflichtschulgesetz, die beide in den 1980er Jahren verabschiedet worden waren, wurden in den 1990er Jahren das Bildungsgesetz, das Lehrergesetz, das Hochschulgesetz und das Berufsbildungsgesetz sowie eine ganze Reihe weiterer Bestimmungen erlassen, so dass jetzt ein relativ vollständiges Rechtssystem für das Bildungswesen besteht.

In dem Bericht werden die vergangenen 13 Jahre als die Periode bezeichnet, in der sich das Bildungswesen am schnellsten reformiert und entwickelt hat. Dies ist nicht zu leugnen. Es ist zugleich die Periode, in der

die Partei die Strategie verfolgt, dass Wissenschaft und Bildung das Land zur Blüte bringen sollen. Dennoch ist die Situation des Bildungswesens alles andere als zufriedenstellend. Dies gilt vornehmlich für die Elementarbildung in weiten Teilen der ländlichen Armutsgebiete und der Minderheitengebiete des Westens. Deshalb unternimmt die Regierung derzeit große Anstrengungen, in diesen Regionen das Schulwesen zu unterstützen. So sehr diese Anstrengungen zu würdigen sind, so ist doch auch festzustellen, dass für die Regierung die Ausbildung hochqualifizierter Fachleute Vorrang hat. Auch in diesem Bericht liegt das Schwergewicht eher auf der Hochschul- als auf der Elementarbildung. Dies hat freilich auch damit zu tun, dass für die Elementarbildung die Lokalverwaltungen zuständig sind. (Vgl. RMRB, 26.9.02) -st-

18 Staatsratsbeschluss zur Berufsbildung

Im September 2002 hat der Staatsrat einen Beschluss zur Förderung der Reform und Entwicklung der beruflichen Bildung erlassen (vgl. RMRB, GMRB, 25.9.02). Zwar liegen zu diesem Komplex das Berufsbildungsgesetz (1996) und das Arbeitsgesetz (1995) vor. Aber nach wie vor gibt es in der beruflichen Bildung gravierende Probleme. Eine ganze Reihe von Regionen, so heißt es, schenken der Berufsbildung nicht genügend Aufmerksamkeit und investierten zu wenig in diesen Bildungszweig. Viele Berufsschulen seien schlecht, das Management, das Schulsystem, die Unterrichtsqualität entsprächen nicht den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bedarf der Gesellschaft. Die Einstellungskriterien würden nicht durchgesetzt, und vor allem gebe es große Disparitäten zwischen den Regionen und zwischen Stadt und Land. Deshalb hat die Regierung zur besseren Umsetzung der beiden genannten Gesetze den Beschluss zur beruflichen Bildung erlassen. Das aus 24 Punkten bestehende Dokument enthält Bestimmungen zu den Zielsetzungen in der Planperiode 2001-05, zu organisatorischen und verwaltungstechnischen Fragen, zur Reform der Berufsbildung und Anpassung an den Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft, zum schnelle-

ren Ausbau der Berufsbildung auf dem Lande und in den Westgebieten, zur Einhaltung der Berufseintrittsvoraussetzungen, zur Pluralisierung der Träger und Steigerung der Investitionen sowie zur Stärkung der Führung.

Berufsbildung im Sinne dieser Bestimmungen umfasst berufliche Bildung auf der Sekundarstufe I und II sowie Aus- und Weiterbildung für neue Arbeitskräfte in Stadt und Land, freigesetzte und arbeitslose Menschen, Berufstätige, Arbeitskräfte auf dem Lande und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, dazu auch Umschulungsmaßnahmen. Berufliche Bildung soll zur Hauptsache auf der Sekundarschulebene erfolgen. Dabei sollen sich berufliche und allgemein bildende Sekundarstufe II in etwa die Waage halten. Zudem soll die tertiäre Berufsbildung ausgebaut werden. Die berufliche Bildung soll sich stärker am Arbeitsmarkt orientieren und qualitativ besser werden. Innerhalb des 10. Fünfjahrplans (2001-05) sollen auf Sekundarschulebene 22 Mio. Abgänger mit Berufsabschluss und auf Hochschulebene 8 Mio. Absolventen ausgebildet werden. Im selben Zeitraum sollen pro Jahr 50 Mio. Berufstätige in den Städten und 150 Mio. ländliche Arbeitskräfte eine Weiterbildung erhalten. Außerdem sollen pro Jahr gut 3 Mio. Freigesetzte und Arbeitslose umgeschult werden. Dabei soll besonderes Augenmerk auf die ländlichen und die Westgebiete gelegt werden.

Für die berufliche Bildung sind die Lokalregierungen von der Kreisebene an aufwärts zuständig. Nichtstaatliche Träger werden ermuntert, berufliche Bildungseinrichtungen zu gründen. Für berufliche Bildung ist Schulgeld zu zahlen. Betriebe müssen Mittel für Aus- und Weiterbildung bereitstellen. Es bleibt zu hoffen, dass mit diesen Bestimmungen und dem Berufsbildungsgesetz die insgesamt noch unterentwickelte berufliche Bildung in China einen Schub erfährt. -st-

19 Alphabetisierungsarbeit bis 2005

Das Bildungsministerium und elf andere Ministerien und staatliche Stellen haben eine Meinungsäußerung (*yijian*) zur Alphabetisierungsarbeit in der Periode des 10. Fünfjahrplans herausge-

geben (veröff. in RMRB u. GMRB am 9.9.02). Allein diese Tatsache zeigt, dass das Analphabetentum noch nicht abgeschafft ist, sondern weiterhin das Bildungsniveau insgesamt negativ beeinflusst. Erst Anfang 2002 hatte eine nationale Konferenz zur Alphabetisierungsarbeit stattgefunden, auf der der gegenwärtige Stand und die Aufgaben bis zum Jahr 2005 behandelt wurden (s. C.a., 2002/2, Ü 17). Die seinerzeit vorgesehenen Ziele und Aufgaben sind jetzt in der Meinungsäußerung festgehalten, die an alle Lokalregierungen und involvierten staatlichen Stellen zur Umsetzung weitergeleitet wurde. In dem Dokument wird dazu aufgerufen, die Alphabetisierung mit allem Nachdruck voranzutreiben, namentlich unter jüngeren Menschen, in den Armuts- und Minderheitengebieten sowie unter Frauen.

Die wichtigsten Ziele für die jetzige Planperiode werden wie folgt umrissen: Hauptzielgruppe sind jüngere Menschen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren. Alle Einheiten auf Provinzebene sind gehalten, genaue Pläne für die Alphabetisierung und die entsprechende „Nachsorge“ aufzustellen. Diejenigen Kreise in den Westgebieten, die das Analphabetentum unter jüngeren Menschen noch nicht abgeschafft haben, und insbesondere solche Kreise, die die Schulpflicht auf Grundschulebene bereits eingeführt haben, müssen fünf Jahre nach Einführung des allgemeinen Grundschulbesuchs das Analphabetentum unter jüngeren Menschen im Wesentlichen abgeschafft haben, d.h. der Anteil der alphabetisierten jüngeren Menschen muss über 95% erreichen.

Die Innere Mongolei, Guizhou, Yunnan, Gansu, Ningxia und Qinghai müssen den Anteil der alphabetisierten jungen Leute im selben Zeitraum auf mindestens 90% erhöhen, d.h. diese Provinzen und autonomen Gebiete mit besonders hohem Anteil an jüngeren Analphabeten, in denen wahrscheinlich auch die sechsjährige Schulpflicht noch nicht generell eingeführt ist, erhalten eine längere Frist. Tibet, das unter allen Provinzeinheiten offensichtlich den höchsten Anteil an Analphabeten zu verzeichnen hat, ist aufgerufen, seine Anstrengungen hinsichtlich der Einführung der Schulpflicht und der Bekämpfung des Analphabetentums unter jüngeren Men-

schen zu intensivieren. Es fällt auf, dass die hier genannten Provinzeinheiten durchweg Gebiete mit einem hohen Anteil an nationalen Minderheiten sind. So sehr zu begrüßen ist, dass mehr für die Elementarbildung in den Minderheitengebieten getan wird, so wird durch die Nichterwähnung anderer Provinzen die Tatsache verdeckt, dass es auch in mehreren hanchinesischen Provinzen Zentralchinas hohe Anteile von Analphabeten gibt, beispielsweise in Anhui.

Erstmals wird in einem offiziellen Dokument dem Problem des Entstehens neuer Analphabeten breiter Raum gewidmet. Bisher wurde die Bekämpfung des Analphabetentums hauptsächlich unter dem Aspekt der Absolvierung einschlägiger Kurse betrachtet. Statistisch erfasst wurde immer nur die Zahl der Kursteilnehmer. Nach Absolvierung eines Alphabetisierungskurses galten die Teilnehmer als alphabetisiert, und es wurde nicht auf Nachhaltigkeit geachtet. Doch wenn die Absolventen solcher Kurse nicht durch Anschlussmaßnahmen in Übung bleiben, fallen sie wieder ins Analphabetentum zurück. Deshalb wird jetzt ausdrücklich verfügt, dass Kreise, die das Analphabetentum unter jüngeren Menschen im Wesentlichen abgeschafft haben, sich verstärkt der Gruppe der lernfähigen 15- bis 24-Jährigen annehmen, damit diese, wenn sie lesen und schreiben gelernt haben, mit dem Lernen fortfahren, d.h. Anschlussmaßnahmen durchgeführt werden. Zuständig sind die Grund- und Mittelschulen und Erwachsenenschulen in den Landgemeinden und Kleinstädten. Auf diese Weise soll dafür gesorgt werden, dass die Alphabetisierungsrate konsolidiert wird. -st-

20 Bevölkerungs- und Geburtenplanungsgesetz tritt in Kraft

Am 1. September 2002 trat das Ende Dezember 2001 verabschiedete Bevölkerungs- und Geburtenplanungsgesetz (vgl. C.a., 2001/12, Ü 20) in Kraft. Dies nahmen Politiker zum Anlass, das Gesetz vor allem aufgrund seines humanen Charakters zu loben und gleichzeitig die Notwendigkeit zu betonen, die geltende Geburtenregelung fortzuführen. Dies bedeutet, dass

es auf längere Sicht keine Lockerung der Ein-Kind-Politik geben wird. Von offizieller Seite wurde Vermutungen entgegengetreten, Ehepaare könnten mehr Kinder haben, wenn sie dafür zahlten. Eine solche Mentalität, sich Kinder für Geld zu erkaufen, wurde als dem Gesetz zuwiderlaufend bezeichnet. Stattdessen wurde auf den humanen Charakter des Gesetzes hingewiesen. Dieser manifestiere sich darin, dass das Gesetz die Rechte und Interessen der Bürger in den Mittelpunkt stelle und weitgehend auf Verbote verzichte.

Wie der Familienplanungsminister Zhang Weiqing erläuterte, sind die Provinzen jetzt dabei, ihre bisher geltenden lokalen Bestimmungen zur Familienplanung zu revidieren. Diese müssten mit dem nationalen Gesetz in Einklang gebracht werden. In den meisten lokalen Bestimmungen spielten die Strafgebühren noch die Hauptrolle; denn die örtlichen Verwaltungen kassierten die Strafgebühren, um davon ihre Familienplanungsarbeit zu finanzieren. Diese Praxis habe unweigerlich zu Machtmissbrauch und Korruption geführt. Demgegenüber schiebe das neue nationale Gesetz dieser Praxis der willkürlichen Verhängung von Geldstrafen für Geburten außerhalb des Plans einen Riegel vor, indem es verfüge, dass die Strafgebühren in einen Spezialfonds fließen müssen. Aus diesem Fonds wird der Unterhalt für Kinder bezahlt, die der Gesellschaft zur Last fallen.

Die Art und Weise, wie das nationale Familienplanungsgesetz von offizieller Seite interpretiert wird, lässt auf eine weichere Gangart schließen. Zwar wird es, wie immer wieder versichert wird, keine Lockerung der Politik geben, aber die Durchsetzung des Gesetzes soll zurzeit anscheinend weniger rigoros gehandhabt werden. In diesem Geist wurde auch Anfang September eine Arbeitstagung der Staatlichen Familienplanungskommission abgehalten, die in Mudanjiang (Heilongjiang) stattfand und bei der es um eine umfassende Reform der Bevölkerungs- und Geburtenplanung ging (vgl. RMRB, 7.9.02). Man habe ein neues Stadium in der Bevölkerungsentwicklung erreicht, hieß es, jetzt gelte es, die niedrige Geburtenrate zu konsolidieren. Dabei komme es vor allem auf sichere und wirksame Verhütungsmittel an und entsprechend gute Dienste mit gut geschultem Personal. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit wird jetzt gefordert, dass mehr auf die Interessen der Bevölkerung eingegangen wird und die Geburtenregelung möglichst konfliktfrei durchgesetzt wird. Die Familienplanungsarbeit soll sich strikt an das Gesetz halten; sie soll sich vornehmlich auf die Basis konzentrieren, wobei die Dorfbewohner maßgeblich beteiligt und selbst verantwortlich sein sollen. -st-

tungsmittel an und entsprechend gute Dienste mit gut geschultem Personal. Aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit wird jetzt gefordert, dass mehr auf die Interessen der Bevölkerung eingegangen wird und die Geburtenregelung möglichst konfliktfrei durchgesetzt wird. Die Familienplanungsarbeit soll sich strikt an das Gesetz halten; sie soll sich vornehmlich auf die Basis konzentrieren, wobei die Dorfbewohner maßgeblich beteiligt und selbst verantwortlich sein sollen. -st-

21 Schärfere Vorgehen gegen Kinderarbeit

Die 1991 erlassenen Bestimmungen zur Unterbindung von Kinderarbeit werden zurzeit einer Revision unterworfen. Diese Bestimmungen, so hieß es von Regierungsseite, hätten eine wichtige Rolle bei der Einschränkung der Kinderarbeit gespielt und die Rechte und Interessen Jugendlicher unter 16 Jahre geschützt, aber als Folge der sozioökonomischen Veränderungen in China im vergangenen Jahrzehnt reichten die Bestimmungen nicht mehr aus. Sie verbieten die Einstellung von Kindern unter 16 Jahre, aber sie ermangeln einer klaren Definition, was Kinderarbeit ist. Auch waren die bei Verstößen vorgesehenen Strafen zu milde. Die vage Definition der Kinderarbeit hat insbesondere auf dem Lande Schulen und Betrieben viele Schlupflöcher für die Anstellung minderjähriger Schulkinder in sog. Arbeits-Studien-Programmen gelassen. Zahllose Schulen unterhalten Schulfabriken, in denen sie Kinder arbeiten lassen, und dies nicht immer nur zum Zweck des Arbeitsunterrichts, sondern um aus den Erträgen die Schule zu finanzieren. Außerdem werden viele Kinder aufgrund von Armut dazu getrieben, sich bezahlte Arbeit zu suchen. Skrupellose Arbeitgeber nutzen die Situation aus, indem sie die Kinder ausbeuten und unter unwürdigen Bedingungen unterbringen. Gegen solche Praktiken muss schärfer vorgegangen und müssen die Strafen erhöht werden, so wird gefordert. In dem revidierten Entwurf sind auch schärfere Kontrollen vonseiten der Behörden vorgesehen. Nach Inkrafttreten des revidierten Entwurfs bleibt allerdings das Problem der Armut un-

gelöst. Die in China recht verbreitete Kinderarbeit ist schwer zu entdecken, weil die Kinder häufig in kleinen Betrieben arbeiten. Dort verdienen sie pro Monat nur 100 bis 300 Yuan. Harte körperliche Arbeit ist neben Lungentzündung und Unterernährung eine der drei Hauptursachen für den Tod von Jugendlichen unter 18 Jahre. (Xinhua, 18.9.02, nach BBC PF, 18.9.02; SCMP, 20.9.02) -st-

Außenwirtschaft

22 US-Unternehmen: Bürokratie behindert Einhaltung der WTO-Beitrittsvereinbarungen

Nach Einschätzung einiger US-Unternehmen ist die chinesische Führung bereit, die WTO-Auflagen der Marktöffnung zu erfüllen, doch Teile der Bürokratie behinderten Fortschritte bei der Gleichstellung ausländischer mit chinesischen Unternehmen. In Kommentaren, die an den US-Handelsbeauftragten gerichtet waren, beklagten verschiedene US-Lobbygruppen der Wirtschaft, dass die chinesische Bürokratie viele der eigenen Regeln nicht durchsetzt und in einigen Fällen sogar neue Maßnahmen eingeführt hat, die den WTO-Verpflichtungen widersprechen. Notwendig sei eine bessere Koordination der Regierungsabteilungen bei der Implementierung der WTO-Verpflichtungen. Aus der Sicht von Robert Kapp, Präsident des U.S.-China Business Council, versuche die Zentralregierung weder, die WTO-Auflagen zu umgehen oder zu missachten, noch sei sie nicht in der Lage, die Implementierung der WTO-Richtlinien voranzutreiben: „We perceive neither a comprehensive national government intent to evade or disregard China's WTO obligations nor a comprehensive inability at the central government level to propel China in the direction of WTO implementation.“

Mit wenigen Ausnahmen hat China einem Bericht der US-Chamber of Commerce zufolge die Auflagen zur Zollsenkung erfüllt und viele Gesetze und Bestimmungen in Übereinstim-